

Schriften zum Öffentlichen Recht

---

Band 689

# Das Darstellungsprivileg im Flächennutzungsplan

und dessen Wirkung gegenüber ortsgebundenen  
gewerblichen Betrieben im Außenbereich  
gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 4 a.E. BauGB

Von

Benedikt Schulze Buschhoff



Duncker & Humblot · Berlin

**BENEDIKT SCHULZE BUSCHHOFF**

**Das Darstellungsprivileg im Flächennutzungsplan**

**Schriften zum Öffentlichen Recht**

**Band 689**

# **Das Darstellungsprivileg im Flächennutzungsplan**

**und dessen Wirkung gegenüber ortsgebundenen  
gewerblichen Betrieben im Außenbereich  
gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 4 a.E. BauGB**

**Von**

**Benedikt Schulze Buschhoff**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Schulze Buschhoff, Benedikt:**

Das Darstellungsprivileg im Flächennutzungsplan und dessen Wirkung gegenüber ortsgebundenen gewerblichen Betrieben im Aussenbereich gemäss § 35 Abs. 1 Nr. 4 a.E. BauGB / von Benedikt Schulze Buschhoff. – Berlin : Duncker und Humblot, 1996

(Schriften zum öffentlichen Recht ; Bd. 689)

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 1994

ISBN 3-428-08328-8

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1996 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 3-428-08328-8

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 

## Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Sommersemester 1994 von der Juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Anfang 1994 berücksichtigt.

Mein Dank gilt Herrn Professor Dr. Werner Hoppe. Er regte diese Arbeit an und ließ mir beim Schreiben alle Freiheit. Ich schloß mich entgegen der Meinung von Professor Dr. Hoppe (DVBl. 1991, 1277 ff.) der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE 77, 300 ff.) an, daß das Darstellungsprivileg im Wege des Flächennutzungsplans von der Gemeinde in Anspruch genommen werden kann. Das Darstellungsprivileg wird bei Standortausweisungen sowohl für Abgrabungsvorhaben als auch für Windenergieanlagen bedeutsam (BVerwG, ZfBR 1994, 290 ff.).

Herr Professor Dr. Dr. Werner Krawietz erstellte in kürzester Zeit das Zweitgutachten.

Bei der Entstehung der Arbeit haben mich viele Freunde unterstützt und mir stets mit großer Geduld zugehört. Stellvertretend möchte ich Herrn Joachim Klück nennen und ihm herzlich danken.

Die Arbeit widme ich in Dankbarkeit und mit Freude meinen Eltern.

Münster im Dezember 1994

Benedikt Schulze Buschhoff



# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

### **Einleitung**

§ 1 Problemstellung .....	17
§ 2 Gang der Untersuchung .....	18

## *Zweiter Teil*

### **Grundlagen der Problematik**

§ 3 Das Darstellungsprivileg .....	20
1. Der Begriff des Darstellungsprivilegs .....	20
2. Das Anliegen des Darstellungsprivilegs .....	21
3. Fehlende Konzentrationswirkung durch Positivplanung .....	22
4. Zwischenergebnis .....	24
§ 4 Die gesetzlichen Regelungen für die Zulassung von Abgrabungsvorhaben nach dem BauGB .....	25
1. Der Zulässigkeitstatbestand für den Außenbereich .....	26
2. Die innere Regelungssystematik und die Funktion des § 35 BauGB .....	27
2.1 Privilegierte und sonstige Vorhaben (§ 35 Abs. 1 und 2 BauGB) .....	27
2.2 Die Bedeutung der öffentlichen Belange in § 35 Abs. 1 BauGB und die nachvollziehende Abwägung .....	30
2.3 Keine Kompensation öffentlicher Belange .....	32
3. Der Rohstoffabbau als privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB .....	33
4. Die Durchsetzungsfähigkeit öffentlicher Belange gegenüber dem Rohstoffabbau .....	34
§ 5 Das Darstellungsprivileg in der Rechtsprechung und in der Literatur .....	36
1. Entwicklung und Stand der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	36
2. Das Darstellungsprivileg in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	38
3. Das Darstellungsprivileg in der Rechtsprechung der Instanzgerichte .....	40
4. Meinungen der Literatur .....	42

*Dritter Teil***Die Steuerungsfunktion des Flächennutzungsplans**

§ 6 Die Aufgabe der Flächennutzungsplanung.....	45
1. Die Stellung des Flächennutzungsplans im System der Bauleitplanung...	45
2. Die Aufgabe der Bauleitplanung.....	46
2.1 Der Sachzusammenhang zwischen baulicher und sonstiger Nutzung als Grenze der Aufgabe der Bauleitplanung.....	48
2.2 Der sachliche Zusammenhang beim Darstellungsprivileg.....	50
2.2.1 Das Darstellungsprivileg als ein Eingriff in naturschutzrecht- liche Regelungsbereiche.....	50
2.2.2 Das Darstellungsprivileg als Ausfluß einer ökonomischen und ökologischen Entwicklung.....	51
2.3 Die städtebauliche Ordnungs- und Entwicklungsfunktion im Flächennutzungsplan.....	53
2.3.1 Das Ordnungsprinzip im Flächennutzungsplan und das Dar- stellungsprivileg.....	53
2.3.2 Das Entwicklungsprinzip im Flächennutzungsplan und das Darstellungsprivileg.....	55
2.4 Die gesamtplanerische Funktion des Flächennutzungsplans.....	56
2.4.1 Die Programmierungsfunktion gegenüber dem Bebauungs- plan (Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 BauGB).....	56
2.4.2 Die Koordinierungs- und Programmausführungsfunktion gegenüber vorgegebenen Plänen.....	58
§ 7 Das Gebot der Erforderlichkeit nach § 1 Abs. 3 BauGB und das Verbot der Negativplanung.....	60
1. Das Verbot der Negativplanung.....	60
2. Negativplanung und Darstellungsprivileg.....	61
§ 8 Die Abwägung im Darstellungsprivileg.....	63
1. Das Problem der globalen Abwägung beim Darstellungsprivileg.....	63
1.1 Ausführungen der Rechtsprechung zur globalen Abwägung.....	63
1.2 Stellungnahmen in der Literatur zur globalen Abwägung.....	64
1.3 Eigene Stellungnahme zur Abwägungsproblematik.....	65
1.3.1 Das gesamte Gemeindegebiet als räumlicher Bezugsmaßstab für die Abwägung im Flächennutzungsplan.....	65
1.3.2 Das Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (Optimierungsgebot).....	68

1.3.3 Die Standortalternativenprüfung und das Darstellungsprivileg.....	71
1.3.4 Die Umwidmungssperre gemäß § 1 Abs. 5 Satz 4 BauGB und das Darstellungsprivileg .....	73
2. Zwischenergebnis .....	74
§ 9 Die Darstellungsmöglichkeiten des Flächennutzungsplans und sein planerischer Gehalt im Hinblick auf das Darstellungsprivileg .....	74
1. Die Darstellungsmöglichkeiten des Flächennutzungsplans.....	74
2. Hinreichende Bestimmtheit der planerischen Aussage .....	75
2.1 Die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts zur Darstellung von Land- und Forstwirtschaft .....	75
2.2 Die Auffassung in der Literatur zur hinreichenden Bestimmtheit landwirtschaftlicher Ausweisungen .....	77
2.3 Eigene Stellungnahme.....	78
§ 10 Der Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan .....	81
1. Die Funktion des Erläuterungsberichts .....	81
2. Die Bedeutung des Erläuterungsberichts für das Darstellungsprivileg.....	82
2.1 Der Erläuterungsbericht als Auslegungshilfe der Darstellung für Abgrabungen.....	82
2.2 Die Auffassung von Hoppe zur Darstellung via Erläuterungsbericht	83
2.3 Eigene Stellungnahme.....	84
§ 11 Der fehlende Rechtssatzcharakter und der Funktionsverlust des Flächennutzungsplans.....	87
1. Die fehlende Rechtssatzqualität des Flächennutzungsplans.....	88
2. Der Einfluß der fehlenden Rechtssatzqualität auf den Funktionsverlust des Flächennutzungsplans.....	93
2.1 Der Funktionsverlust durch fehlende Realisierbarkeit der Darstellung .....	94
2.2 Der Funktionsverlust bei sich verändernder Bedürfnislage .....	94
3. Der Funktionsverlust des Darstellungsprivilegs durch die tatsächliche Entwicklung.....	97
3.1 Der Bedeutungsverlust des Darstellungsprivilegs durch der Konzentration entgegenlaufende Genehmigungen.....	97
3.2 Der Funktionsverlust durch den Vollzug des Darstellungsprivilegs .	97

*Vierter Teil***Die Bindungswirkung des Darstellungsprivilegs im Flächennutzungsplan gegenüber § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB**

§ 12 Die Standortzuweisung im Sinne des Darstellungsprivilegs und das Merkmal der Ortsgebundenheit gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB.....	99
1. Die Rechtfertigung der Berücksichtigungsfähigkeit positiver Darstellungen im Flächennutzungsplan gegenüber privilegierten Vorhaben .....	100
2. Standortgebundenheit nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und Standortoffenheit im Außenbereich .....	101
2.1 Stellungnahmen in der Literatur .....	101
2.2 Eigene Stellungnahme.....	102
3. Die Reichweite der Standortbestimmung durch das Darstellungsprivileg gegenüber der offengelassenen Standortfrage .....	104
3.1 Die Beschränkung auf positive Verplanungen aus Gründen der ratio legis .....	105
3.2 Das Darstellungsprivileg als Ausfluß der ratio legis .....	105
3.3 Zwischenergebnis .....	107
§ 13 Die planungsrechtliche Systemgerechtigkeit als Rechtfertigungsgrund für das Darstellungsprivileg gegenüber ortsgebundenen Außenbereichsvorhaben .....	107
1. § 35 BauGB als gesetzliche Planersatzregelung auf unterster Stufe der gesamtäumlichen Planung wie der Bebauungsplan .....	107
2. Das Darstellungsprivileg als Unterstützung des Planmäßigkeitsprinzips in § 35 Abs. 1 BauGB .....	109
3. Zwischenergebnis .....	110
4. Bindungswirkung des Darstellungsprivilegs gegenüber standortgebundenen Vorhaben trotz globaler Abwägung .....	110
4.1 Das Argument der Kanalisierung in der Rechtsprechung .....	111
4.2 Das Argument "im Angesicht der konkreten Sachlage" in der Literatur .....	112
4.3 Eigene Stellungnahme.....	112
5. Die Bindungswirkung der Darstellungen als „Unterstützung und einleuchtende Fortschreibung tatsächlicher Gegebenheiten“ .....	114
5.1 Die Deutung der Formel des Bundesverwaltungsgerichts in der Literatur .....	115
5.2 Eigene Stellungnahme.....	117

6. Die nachvollziehende Abwägung und das Darstellungsprivileg.....	119
7. Zwischenergebnis .....	122
§ 14 Die eigentumsrechtliche Bedeutung des Darstellungsprivilegs .....	123
1. Die Regelungssystematik des Art. 14 GG.....	123
1.1 Die Auffassungen der Bundesgerichte zur Bestandsgarantie nach Art 14 GG .....	124
1.2 Die Auffassungen in der Literatur zur Bestandsgarantie im Außenbereich.....	126
1.3 Zwischenergebnis.....	129
2. Die zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung bei Berücksichtigung des Darstellungsprivilegs.....	129
2.1 Der Regelungsauftrag des Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG.....	130
2.2 Die Verwirklichung des Regelungsauftrags durch die Privilegie- rung des ortsgebundenen gewerblichen Betriebs .....	131
2.3 Keine unverhältnismäßige Verkürzung der Abbauinteressen bei Berücksichtigung des Darstellungsprivilegs.....	132
2.3.1 Die Rechtfertigung der grundsätzlichen Unzulässigkeit sonstiger Vorhaben durch Zuweisung in den Innenbereich....	132
2.3.2 Die Rechtfertigung einer grundsätzlichen Unzulässigkeit privilegierter Vorhaben durch die Aufnahme in die Planung im Sinne des Darstellungsprivilegs .....	133
2.3.3 Kein totaler Planungsvorbehalt bei erfolgter Ausbeute auf- grund fehlender Rechtsqualität des Flächennutzungsplans....	135
3. Das Darstellungsprivileg als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums durch den Gesetzgeber.....	136

*Fünfter Teil*

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>139</b>
<b>Literaturverzeichnis. ....</b>	<b>147</b>

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AllgVwR	Allgemeines Verwaltungsrecht
AgrarR	Agrarrecht (Zeitschrift)
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BauGB	Baugesetzbuch
BauR	Baurecht (Zeitschrift für das gesamte öffentliche und private Baurecht)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter(Zeitschrift)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BBauG	Bundesbaugesetz
Bd.	Band
Beschl.	Beschluß
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BNatschG	Bundesnaturschutzgesetz
Brem. StGH	Bremischer Staatsgerichtshof
BRS	Baurechtssammlung, Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, der Oberverwaltungsgerichte der Länder und andere Gerichte zum Bau- und Bodenrecht, begründet von Thiel, weitergeführt von Gelzer

Bt-Drs.	Bundestagdrucksache
Buchholz	Sammel- und Nachschlewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, begründet von Karl Buchholz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, amtliche Sammlung
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselben
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EPlaR	Entscheidungen zum Planungsrecht
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
Fn.	Fußnote
Fs	Festschrift
GG	Grundgesetz
Hess.	Hessen
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	in der Regel
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IzR	Informationen zur Raumentwicklung (Zeitschrift)
LeP	Landesentwicklungsplan
Lp	Landesplanung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

n.F.	neue Fassung
n.v.	nicht veröffentlicht
Nds.	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Verwaltungsblätter für Nordrhein-Westfalen
ÖffBauBoR	Öffentliches Bau- und Bodenrecht (Lehrbuch)
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rdn.	Randnummer
Rh-Pf	Rheinland-Pfalz
RO	Raumordnung
Rspr.	Rechtsprechung
RuL	Das Recht der Raumordnung und Landesplanung in Bund und Ländern (Lehrbuch)
RuR	Raumordnung und Raumforschung (Zeitschrift)
S.	Seite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
Saarl.	Saarland
Schl-Ho	Schleswig-Holstein
sog.	sogenannt(e)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StuGB	Städte- und Gemeindebund (Zeitschrift)
StuGR	Städte- und Gemeinderat (Zeitschrift)
U.	Urteil
u.a.	unter anderem
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)

VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
Verf.	Verfasser
Vg	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VR	Verwaltungsrundschau
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
z.T.	zum Teil
ZfBR	Zeitschrift für Deutsches und Internationales Baurecht
Ziff.	Ziffer
ZIR	Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster
zit.	zitiert



## *Erster Teil*

### **Einleitung**

#### **§ 1 Problemstellung**

Die vorliegende Untersuchung geht der Frage nach, ob mit einer positiven Darstellung in der Flächennutzungsplanung bestimmte Nutzungen konzentriert werden können, mit der Folge, daß diese Vorhaben auf anderen als den ausgewiesenen Flächen untersagt werden können. Der Plangeber nimmt dann für sich das Privileg in Anspruch, den ausschließlichen Standort bestimmter Nutzungen im Plangebiet darstellen zu können; dieses planerische Institut nennt sich daher Darstellungsprivileg.

Der Grund für dieses Konzentrationsbestreben des Plangebers ist, daß der verstreuten unkoordinierten Durchführung von Vorhaben eine generelle nachteilige Wirkung auf den Freiraum nachgesagt wird.

Das Problem der Konzentration von Vorhaben stellt sich, weil das Bauen nicht gänzlich einem Planungsvorbehalt unterstellt ist, sondern für den Freiraum insbesondere der planeretzende, unmittelbar gesetzeshängige Genehmigungstatbestand nach § 35 BauGB die Bebauung im Außenbereich ermöglicht.

Zwar versucht die generell-abstrakte gesetzliche Regelung des § 35 BauGB den Grundsätzen der Bauleitplanung soweit wie möglich Rechnung zu tragen, um eine geordnete städtebauliche Entwicklung sicherzustellen. Dies geschieht durch Tatbestandsmerkmale mit hohem Wertungsgehalt, insbesondere in Form unbestimmter Rechtsbegriffe. So macht § 35 BauGB die Zulässigkeit eines Vorhabens von der Nicht-Beeinträchtigung bzw. dem Nicht-Entgegenstehen öffentlicher Belange abhängig. Und als öffentlichen Belang nennt § 35 BauGB u.a. den Widerspruch zu den Darstellungen des Flächennutzungsplans.

Allerdings weisen bestimmte, sogenannte privilegierte Vorhaben gegenüber sonstigen Vorhaben einen besonderen Bezug zum Außenbereich auf. Sie sind, wenn sie ihre Funktion nicht verlieren sollen, auf den Außenbereich angewiesen. Dies gilt z.B. für Vorhaben, die der Landwirtschaft dienen, aber auch für flächenintensive Großvorhaben, wie z.B. dem Rohstoffabbau. Gerade der Rohstoffabbau ist an die geologischen Vor-

kommissionen vor Ort gebunden. Auf Grund der besonderen Interessenlage dieser Vorhaben wird deren Privilegierung in § 35 Abs. 1 BauGB als eine generelle Zuweisung in den Außenbereich und für ortsgebundene Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 4 a.E. BauGB sogar als eine konkrete Standortzuweisung verstanden. Wegen dieses Verständnisses von der rechtlichen Position, insbesondere des ortsgebundenen Vorhabens, stellt sich die Frage, ob derartige Vorhaben durch die Flächennutzungsplanung auf bestimmte Standorte im Außenbereich eingeschränkt werden können. Die Standortzuweisung durch die Planung könnte nämlich die Standortzuweisungen der Privilegierung durch § 35 Abs. 1 Nr. 4 a.E. BauGB ausschließen.

Es wird daher untersucht, ob ortsgebundene gewerbliche Vorhaben, privilegiert zulässig nach § 35 Abs. 1 Nr.4 a.E. BauGB, mit Hilfe der Flächennutzungsplanung auf bestimmte Standorte konzentriert werden können.

## **§ 2 Gang der Untersuchung**

Die Arbeit geht zunächst im zweiten Teil (§§ 3-5) auf die Grundlagen der Problematik ein. Es wird das Anliegen des Darstellungsprivilegs am Beispiel des Abgrabungsvorhabens erörtert (§ 3). Anschließend geht die Arbeit der gesetzlichen Zulässigkeitsregelung des § 35 BauGB allgemein und für Abgrabungsvorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr.4 BauGB speziell nach. Dabei wird die Bedeutung der öffentlichen Belange - insbesondere in ihren geringen hindernden Wirkungen für die Zulässigkeit ortsgebundener Vorhaben - dargelegt (§ 4). In § 5 werden Rechtsprechung und Literaturmeinungen zum Darstellungsprivileg im Flächennutzungsplan und dessen steuernde Wirkung gegenüber ortsgebundenen Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB wiedergegeben.

Im dritten Teil (§§ 6-11) wird der Flächennutzungsplan auf seine Steuerungsfähigkeit hin untersucht. Er wird dabei an seiner Aufgabe, ein städtebauliches Entwicklungskonzept darzustellen, gemessen, insbesondere ob das Darstellungsprivileg einen Eingriff in sachfremde Regelungsbereiche bedeutet (§ 6). Anschließend wird geprüft, inwieweit das Darstellungsprivileg einem Verbot der Negativplanung unterliegt (§ 7). Einen weiteren Punkt der Arbeit stellt die Betrachtung der Vereinbarkeit des Darstellungsprivilegs mit dem rechtsstaatlichen Gebot der Abwägung dar, weil dem Darstellungsprivileg nur eine globale Abwägung hinsichtlich seiner negativen Wirkung zugrunde gelegt wird. Es werden Überlegungen

zur Raumbezogenheit des Flächennutzungsplans und zu den Planungsleitlinien gemäß § 1 Abs. 5 BauGB herangezogen, zum Optimierungsgebot nach § 1 Abs. 5 Satz 3 BauGB, mit Grund und Boden sparsam umzugehen, zur Standortalternativenprüfung und zur Umwidmungssperre landwirtschaftlicher Flächen (§ 8). Danach werden die Darstellungsmöglichkeiten im Flächennutzungsplan aufgezeigt und auf die hinreichende Bestimmtheit planerischer Darstellungen insbesondere der landwirtschaftlichen Ausweisung eingegangen (§ 9). Da für das Darstellungsprivileg in seiner negativen Wirkung der Erläuterungsbericht herangezogen wird, ist er auf seine Funktion und Bedeutung in § 10 behandelt. Schließlich wird der Rechtscharakter des Flächennutzungsplan und seine Auswirkungen auf das Darstellungsprivileg hin erörtert (§ 11).

Im vierten Teil der Arbeit (§§ 12-14) werden die rechtlichen Ansatzpunkte für die Berücksichtigungsfähigkeit positiver Planaussagen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Darstellungsprivileg untersucht, auf der Grundlage der ratio legis des § 35 BauGB, dem größtmöglichen Schutz des Außenbereichs. Dabei wird auf das Merkmal der Ortsgebundenheit als Standortzuweisung und die Konkretisierung der offengelassenen Standortfrage durch die Standortzuweisung des Darstellungsprivilegs eingegangen (§ 12). Weiter werden Überlegungen zum Darstellungsprivileg unter Aspekten zur Systemgerechtigkeit im öffentlichen Bau- und Planungsrecht angestellt und die Bedeutung der fehlenden Rechtssatzwirkung des Flächennutzungsplans im Rahmen von § 35 BauGB untersucht (§ 13). Schließlich werden eigentumsrechtliche Implikationen des Darstellungsprivilegs geprüft (§ 14).

Der fünfte Teil der Arbeit schließt mit einer thesenartigen Zusammenfassung der Ergebnisse die Arbeit ab.